

Frank Deppe

Der Oktober 1917 und das Zeitalter der globalen Gegenrevolution*

1. Vorgeschichte¹

Im April 1885 wandte sich die russische Revolutionärin Vera Sassulitsch² an Friedrich Engels in London. Sie lebte nach einem Attentat auf einen Repräsentanten des Zarismus im Genfer Exil. Dort hatte sie mit Georgi Plechanow u.a. die Gruppe „Befreiung der Arbeit“ gegründet. Jetzt übersandte sie Engels eine neue Schrift von Plechanow und bat um einen Kommentar. Engels freute sich darüber, dass es „unter der russischen Jugend (jetzt) eine Partei gibt, die sich offen und ohne Umschweife zu den großen ökonomischen und historischen Theorien von Marx bekennt und entschieden mit allen anarchistischen und den ... slawophilen Traditionen ... gebrochen hat“ Danach ging er auf die „Lage in Russland“ ein, wo man sich „seinem 1789 nähert. Die Revolution muß zu gegebener Zeit ausbrechen; sie *kann* jeden Tag ausbrechen. Unter diesen Umständen ist das Land wie eine geladene Mine, an die man nur noch die Lunte zu legen braucht ... Dies ist einer der Ausnahmefälle, in denen es einer Handvoll Leute möglich ist, eine Revolution zu *machen*, d.h. durch einen kleinen Anstoß ein ganzes System zu stürzen, dessen Gleichgewicht mehr als labil ist...und durch einen an sich unbedeutenden Akt Explosivkräfte freizu-

* Der folgende Beitrag enthält Auszüge aus meinem Mitte 2017 im VSA-Verlag Hamburg erscheinenden Buch mit dem Titel „1917 – 2017. Revolution und Gegenrevolution“.

1 Die ersten Abschnitte stützen sich u.a. auf den Band 1 der – in Italien (1966/1978) erschienenen – 4-bändigen „Geschichte der Revolutionen des 20. Jahrhunderts“, der von Guiseppe Boffa (1978) über die Oktoberrevolution verfasst wurde, mit einem Vorwort von Eric Hobsbawm. Der Verlag „Riuniti“ war der Verlag der Italienischen Kommunistischen Partei. Die Bände erschienen offensichtlich in Vorbereitung auf den 50. Jahrestag der russischen Oktoberrevolution. Die positive Würdigung der epochalen Bedeutung der Oktoberrevolution in diesem Werk kontrastiert mit dem negativen Urteil des italienischen Historikers Silvio Pons (The Global Revolution. A History of International Communism 1917 – 1991, Oxford 2014), der immer wieder betont, dass die Oktoberrevolution a) aufgrund ihrer unrealistischen Ziele, und b) aufgrund der kriminellen Methoden der Bolschewiki scheitern musste. Silvio Pons ist Direktor des Gramsci-Institutes in Rom. Gramsci selbst hätte dieses Urteil niemals akzeptiert. Der Kontrast beider Werke vermittelt auch Erkenntnisse über den Niedergang und das Scheitern des PCI. Allerdings veröffentlichte Guiseppe Boffa (Jg. 1923) 1976ff. eine vierbändige „Geschichte der Sowjetunion“, die von der KPdSU als „sowjetfeindlich“ eingestuft wurde. Gorbatschow bezeichnete später dieses Buch als wichtige Quelle für seine Reformpolitik. Boffa hielt bis zu seinem Tode (1998) an der Überzeugung fest, dass der Kommunismus demokratisch reformierbar sei.

2 Vera Sassulitsch hatte 1882 das „Kommunistische Manifest“ von Marx und Engels ins Russische übersetzt. Im März 1881 hatte sie mit Marx über die Frage korrespondiert, welche Bedeutung der russische Dorfgemeinde („Mir“) für die „soziale Wiedergeburt Russlands“ (MEW 19: 243) zukomme.

setzen, die dann nicht mehr zu zähmen sind.“ (MEW 36: 304)³ In seiner Schrift über den „Deutschen Bauernkrieg“ (1850) hatte Engels allerdings davor gewarnt, dass eine „verfrühte Revolution“ deren Führer mit unlösbaren Widersprüchen konfrontieren würde: „Es ist das Schlimmste, was dem Führer einer extremen Partei widerfahren kann, wenn er gezwungen wird, in einer Epoche die Regierung zu übernehmen, wo die Bewegung noch nicht reif ist für die Herrschaft der Klasse, die er vertritt, und für die Durchführung der Maßregeln, die die Herrschaft dieser Klasse erfordert. Was er tun *kann*, hängt nicht von seinem Willen ab, sondern von der Höhe, auf die der Gegensatz der verschiedenen Klassen getrieben ist, und von dem Entwicklungsgrad der materiellen Existenzbedingungen, der Produktions- und Verkehrsverhältnisse, auf dem der jedesmalige Entwicklungsgrad der Klassengegensätze beruht ... Er findet sich so notwendigerweise in einem unlösbaren Dilemma: Was er tun *kann*, widerspricht seinem ganzen bisherigen Auftreten, seinen Prinzipien und den unmittelbaren Interessen seiner Partei; und was er tun *soll*, ist nicht durchzuführen. ...“ (MEW 7: 400/401)

Am Vorabend einer politischen Revolution

Engels sagte für Russland eine politische, keine soziale Revolution voraus.⁴ Sein Urteil über die „Lage in Russland“ wurde von vielen seiner Zeitgenossen – vor allem aber unter den russischen Intellektuellen, viele davon aristokratischer Herkunft – geteilt. Das riesige Zarenreich galt ihnen als ein reaktionärer und rückständiger Koloss – mit Preußen und dem Habsburger Reich Führungsmacht in der „Heiligen Allianz“, also jener antirevolutionären Koalition, die beim Wiener Kongress nach 1812 die Machtverhältnisse in Europa zugunsten der spätfeudalen, absolutistischen Monarchien (Russland, Habsburg, Preußen) festgelegt hatte

Politisch hatte sich die Herrschaft des Zaren von Mitteleuropa bis zum pazifischen Ozean ausgeweitet. 80 bis 85 Prozent der Einwohner des Reiches waren Bauern; die Mehrzahl von ihnen war erst 1861 aus der Leibeigenschaft entlassen worden. Ihre ökonomische Lage hatte sich jedoch verschlechtert. Sie fristeten nach wie vor ein Leben in Armut, Unwissenheit und Unterdrückung durch die Aristokratie ebenso wie durch den staatlichen Polizei- und Militärapparat. Missernten und Hungersnöte Anfang der 1890er Jahre verschärfen die Armut auf dem Lande. Allerdings bestand in den Dörfern ein System der kommunalen

³ 1875 schrieb Friedrich Engels (MEW 18: 567): „Kein Zweifel, Russland steht am Vorabend einer Revolution... Hier sind alle Bedingungen einer Revolution vereinigt, einer Revolution, die von der Regierung selbst eingeleitet, durch die Bauern weiter und über die erste konstitutionelle Phase rasch hinaus getrieben werden muss; einer Revolution, die für ganz Europa schon deswegen von der höchsten Wichtigkeit sein wird, weil sie die letzte, bisher intakte Reserve der gesamteuropäischen Reaktion mit einem Schlage vernichtet. Diese Revolution ist im sicheren Anzug.“

⁴ Marx und Engels unterschieden im 19. Jahrhundert zwischen der *politischen* Revolution (Sturz des Ancien Regimes) der Bourgeoisie und der *sozialen* Revolution des Proletariats.

Selbstverwaltung (Mir), das unter der Aufsicht der Beamten des Zaren stand. Die Mängel der Subsistenzwirtschaft zwangen viele Bauern, sich saisonal als Landarbeiter oder als Arbeiter in den Bergwerken und Fabriken zu verdingen, obwohl ihre Bewegungsfreiheit immer noch stark eingeschränkt war. Das Niveau der Unzufriedenheit auf dem Lande war sehr hoch und damit eine wesentliche Determinante der revolutionären Unruhen, die dem Land mit dem Übergang ins 20. Jahrhundert bevorstanden. Die Industrialisierung des Landes auf niedrigem Niveau begann nach 1890 – jetzt wurde auch zusammen mit dem Eisenbahnbau⁵ die Schwerindustrie und der Maschinenbau entwickelt – vielfach finanziert durch fremdländisches Kapital. Bis 1917 blieb die industrielle Arbeiterklasse allerdings eine kleine Minderheit, obwohl sich die Bauern nach den Reformen von 1906 entscheiden konnten, als Industriearbeiter dauerhaft in die Städte zu ziehen. Im alten Industrierayon um Moskau waren 1900 nur 4 Prozent der Bevölkerung als Fabrikarbeiter beschäftigt (Anderson 2010: 55).

Die Aristokratie der Gutsbesitzer war nicht in der Lage, gegenüber dem Zaren Reformen im politischen System durchzusetzen. Der „Kleinadel war gesellschaftlich parasitär... Fast alle Gutsbesitzer lebten über ihre Verhältnisse: die Güter waren verschuldet, ein Gutteil der Leibeigenen an die Adelsbank verpfändet, der Markt für Güter limitiert, sodass der Stand als solcher ständig verarmte, vor allem seitdem die Bauern nicht mehr über den freien Markt ohne ihren Landanteil verkauft werden konnten“ (Scheibert 1973: 221). Militär und Staatsdienst boten Aufstiegsmöglichkeiten. Gleichzeitig kamen aus dem absteigenden Adel viele der Revolutionäre des 19. und frühen 20. Jahrhunderts. Für die Veränderung der gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse in Russland sahen sie keinen anderen Weg als den der Gewalt gegen die Obrigkeit. Angesichts der Stabilität der Zarenherrschaft bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts verfielen viele von ihnen allerdings in Pessimismus und Zynismus.

Entwicklung des Kapitalismus in Russland

In den Gefängnissen des Zarismus, in der sibirischen Verbannung und im westeuropäischen Exil – vor allem in der Schweiz – formten sich die Führungsgruppen der nachfolgenden Revolutionen. In den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts vollzog sich – vor allem in Westeuropa – der Aufstieg der sozialdemokratischen bzw. sozialistischen Parteien, Gewerkschaften und Kulturorganisationen, die sich auf die Lehren von Marx und Engels bezogen. Bei der Gründung der II. Internationale – 1889 in Paris – nahm die deutsche Sozialdemokratie unter August Bebel, die sich den Verfolgungen durch das Sozialistengesetz unter Bismarck erfolgreich widersetzte, eine Führungs- und Orientierungsrolle ein. Die russischen Revolutionäre entfernten sich vom Anarchismus, vom Panslawismus (Bakunin) sowie von der Orientierung auf das Land und die Bauernschaft. Sie gingen jetzt davon aus, dass mit der „Entwicklung des Kapitalismus in Rußland“ (Lenin, 1899) zugleich die Auseinan-

⁵ So wurde nach 1890 der Bau der transsibirischen Eisenbahn durch den Staat vorangetrieben.

dersetzung zwischen Kapital und Arbeit sowie die Entwicklung des Klassenkampfes zwischen Bourgeoisie und Proletariat zur entscheidenden Achse künftiger politischer und sozialer Auseinandersetzungen würde, in denen zugleich – gleichsam als erste Etappe – die Zerstörung des zaristischen Herrschaftssystems und der Machtpositionen der Aristokratie – im Mittelpunkt stehen werde.

Bis zur Revolution von 1905 waren auch die am Marxismus orientierten Revolutionäre der Auffassung, dass in Russland zunächst eine bürgerliche Revolution auf der Tagesordnung stand, durch die die Entwicklung des Kapitalismus beschleunigt wird. Allerdings nahm nach der Revolution von 1905 die Erkenntnis zu, dass der Sturz der alten Ordnung und die Perspektive des Sozialismus in hohem Maße von einem Bündnis zwischen der Arbeiterklasse und den armen Bauern abhängen. 1883 wurde in Genf die Gruppe „Befreiung der Arbeit“ um Georgi Plechanow gegründet, der auch die eingangs erwähnte Vera Sassulitsch angehörte. Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Russlands (SDAPR) wurde 1898 von 9 Personen, die verschiedene illegale Organisationen vertraten, in Minsk gegründet und schloss sich der II. Sozialistischen Internationale an. Zu dieser Zeit befand sich W. I. Lenin in der sibirischen Verbannung. In London erfolgte 1903 die Spaltung in Bolschewiki (Mehrheitsfraktion) mit Lenin und Menschewiki (zu denen zunächst Leo Trotzki gehörte). Die Spaltung wurde erst im Jahre 1912 auch organisatorisch vollzogen. Die Bolschewiki nannten sich fortan SDAPR (B). Aus dieser Partei ging 1918 – nach der Oktoberrevolution – die Kommunistische Partei Russlands (Bolschewiki) hervor, die sich erst 1952 in KPdSU (Kommunistische Partei der Sowjetunion) umbenannte.

Lenin: „Was tun?“

In Russland selbst operierte die Partei – mit Ausnahme der kurzen Revolutionsperiode von 1905 – in strengster Illegalität, ihre Mitglieder und Anhänger wurden verfolgt und inhaftiert. In der westeuropäischen Emigration nahmen ihre Wortführer an den Debatten in der II. Internationale (und in der deutschen Sozialdemokratie) teil. Lenin vertrat in seiner Schrift „Was tun?“ (1903) für die Partei der Bolschewiki das Konzept einer illegal operierenden Kader- und Avantgardepartei von „Berufsrevolutionären“. Sie sollte nach den Prinzipien des „demokratischen Zentralismus“ geführt werden. Rosa Luxemburg, die selbst aus dem von Russland beherrschten Polen stammte, kritisierte diese Position scharf. Sie misstraute dem Konzept der straffen Führung der Partei von oben ebenso wie dem Lenin'schen Begriff des „Klassenbewusstseins“ (im Unterschied zum „tradeunionistischen Bewusstsein“ der Arbeiter), das sich die „Berufsrevolutionäre“ durch marxistische Parteischulung theoretisch aneignen sollten. Dagegen vertrat sie das Konzept einer demokratischen Massenpartei, die in der Lage sein muss, die Klassenbewegungen selbst zum Ziel der revolutionären Veränderung zu führen.⁶

⁶ In der Schrift „Was tun?“ hatte Lenin allerdings ausdrücklich hervorgehoben, dass seine Orga-

„Die Russen“ waren meist Emigranten, oftmals abenteuerliche Gestalten, die aus den Kerkern des Zarenregimes oder aus Sibirien entwichen waren und gelegentlich in den dunklen Ecken der Wiener Kaffeehäuser zu finden waren. In Deutschland und der Schweiz gründeten sie Verlage und Zeitschriften. Zumal den deutschen, sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten oder den „Gewerkschaftsbeamten“ (so wurde die hauptamtlichen Funktionäre genannt) mussten sie eher als abenteuerliche Figuren erscheinen, die untereinander ständig zerstritten waren und „die Deutschen“ als Moderatoren anforderten, wenn sich z. B. Menschewiki und Bolschewiki um die Parteikasse stritten.

Beim Kongress der Internationale in Stuttgart im Jahre 1907, der sich mit der heraufziehenden Kriegsgefahr befasste, wirkten allerdings Rosa Luxemburg und Lenin – zusammen mit dem Menschewik Martow – bei der Abfassung einer Erklärung zusammen, die für die folgenden Jahre – genauer: für die Spaltung der sozialdemokratischen Bewegung im Ersten Weltkrieg – von außerordentlicher Bedeutung sein sollte. Sie wurde einstimmig beschlossen und hatte den folgenden Wortlaut: „Droht der Ausbruch eines Krieges, so sind die arbeitenden Klassen und deren parlamentarische Vertretungen in den beteiligten Ländern verpflichtet, unterstützt durch die zusammenfassende Tätigkeit des Internationalen Büros, alles aufzubieten, um durch die Anwendung der ihnen am wirksamsten erscheinenden Mittel den Ausbruch des Krieges zu verhindern, die sich je nach der Verschärfung des Klassenkampfes und der Verschärfung der allgemeinen politischen Situation naturgemäß ändern. Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, ist es die Pflicht, für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung der Volkes auszunützen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen.“ (Zit. n. Braunthal, Bd. 1: 344)

Kriege als Auslöser der Revolutionen

Der Ausbruch der Revolutionen in Russland wurde schließlich durch Kriege bestimmt (Halliday 1999: 234 ff.). Damit standen diese stets im Kontext internationaler Konflikte und Kräfteverhältnisse. Die Revolution von 1905 folgte auf die Niederlage im Krieg mit Japan, wurde allerdings durch den so genannten „Blutsonntag“ ausgelöst, als 200.000 Arbeiter – unter der Führung eines Popen – sich zum Zarenpalast begaben, um eine Petition zu überreichen. Dort wurden sie von der Armee unter Beschuss genommen.

Die beiden Revolutionen im Februar und im Oktober des Jahres 1917 explodierten in der Endphase des Ersten Weltkrieges, als sich mit der militärischen Niederlage der Zerfall staatlicher Autorität und Macht beschleunigte. Die

nisationsvorstellung für die Arbeit der Partei in der russischen Illegalität gelten sollte. Für die legale Arbeit einer Massenpartei bezog er sich auf der Vorbild der deutschen Sozialdemokratie. Rosa Luxemburg hatte 1904 in der „Neuen Zeit“ einen Artikel über „Organisationsfragen der russischen Sozialdemokratie“ veröffentlicht, in dem sie den „Zentralismus“ in Lenins Parteikonzept scharf kritisierte.

Truppen, die im Februar 1917 nach St. Petersburg verlegt wurden, um die Revolution niederzuschlagen, weigerten sich, das Feuer auf streikende Arbeiter zu eröffnen. Viele der Soldaten liefen zu den Aufständischen über. Gleichzeitig nahm die Unruhe – in Form von Bauernaufständen – auf dem Lande zu. In den Städten – Petersburg und Moskau waren die Zentren – übernahmen freilich die Arbeiter die Initiative. Die Bildung von Arbeiterräten – im Jahre 1917 von Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräten – folgte aus Massenstreiks in den Betrieben sowie aus den politischen Massenbewegungen, die den Sturz des Zaren förderten. Der Petrograder Sowjet des Jahres 1905, dessen Sprecher der junge Leo Trotzki gewesen war (Deutscher 1962: 128 ff.) inspirierte am Ende des ersten Weltkrieges die Rätebewegungen nicht nur in Russland, sondern auch in vielen europäischen Ländern.⁷ In Turin/Italien streikten im Februar 1917 die Fiat-Arbeiter unter der Losung: „Fare come in Russia!“ („Machen wir es wie in Russland!“).

Theda Skocpol (1979: 99). stellt beim Vergleich der Ursachen der drei großen Revolutionen seit 1789 fest, dass – in allen Fällen – die revolutionäre Krise heranreife, weil die agrarischen Strukturen auf eine autokratische und protobürokratische Staatsorganisation prallten. Dabei wurden staatliche Reformpolitiken blockiert, die notwendig gewesen wären, um mit dem zunehmenden militärischen Wettbewerb in einer Welt fertig zu werden, die durch den Kapitalismus gerade einer ungleichen Transformation unterworfen wurde. „In Russland war eine schwache ländliche Aristokratie nicht in der Lage, Reformen von oben zu blockieren. Aber die Landwirtschaft und die Klassenstruktur auf dem Lande wirkten als Bremsen gegenüber der vom Staat angestoßenen Industrialisierung. Auf diese Weise wurde es für das zaristische Russland unmöglich, wirtschaftlich und militärisch gegenüber dem Deutschen Reich, dem wichtigsten potenziellen Feind im europäischen Staatensystem, aufzuholen... Die schließliche Wirkung dieser Blockaden von staatsgeleiteten Reformen war der Niedergang der monarchischen Autokratie und die Auflösung der zentralisierten Verwaltungs- und Militärorganisation des Staates ... Aufstände von unten konnten sich so ausbreiten, ohne dass die herrschenden Klassen auf die gewohnten Maßnahmen zur Stützung des autoritär-imperialen Staates zurückgreifen konnten. Die soziale Revolution setzte ein.“

Spezifische Widerspruchskonstellationen

Wenn die Vorgeschichte der Revolution durch die je spezifischen Widerspruchskonstellationen bestimmt wird, die sowohl durch die ökonomischen Strukturen, die Klassenverhältnisse und die Staatsorganisation bestimmt wer-

⁷ In ihrer Schrift über die russische Revolution von 1905 („Massenstreik, Partei und Gewerkschaften“, 1906), in der allerdings der Petrograder Sowjet nicht erwähnt wird, betonte Rosa Luxemburg (1966: 203) diese Ausstrahlungskraft der russischen Massenstreikbewegungen: „Das zurückgebliebenste Land weist, gerade weil es sich mit seiner bürgerlichen Revolution so unverzeihlich verspätet hat, Wege und Methoden des weiteren Klassenkampfes dem Proletariat Deutschlands und der vorgeschrittensten kapitalistischen Länder.“

den, dann reichen die einfachen Erklärungen, die auf die Krise der alten Welt (Widerspruch zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen) und den Klassenkonflikt rekurrieren, nicht aus. Die großen Revolutionen der Moderne fanden in Staaten statt, in denen (im Frankreich des 18. Jahrhunderts, aber auch in Russland und China im 20. Jahrhundert) der Agrarsektor und die Bauernschaft dominierten.⁸ Gleichzeitig spielten der Staat und seine Stellung im internationalen Staatensystem sowohl für die Ursachen wie den Ablauf der Revolution eine außerordentlich wichtige Rolle (Halliday 1999). Die Revolutionen des 20. Jahrhunderts standen immer im Zusammenhang von Kriegen, der beiden Weltkriege und nationaler Bürgerkriege. Für die russische Revolution von 1917 ist der Zusammenhang zwischen Krieg, Niederlage und Staatskrise ebenso entscheidend wie die Unruhen und Revolten auf dem Lande, die mit der Erwartung verbunden waren, dass die Revolution den Bauern nicht nur Frieden, sondern auch Land und Freiheit bringt. Die politische Dynamik der Revolution wurde durch die Massenaktionen der Arbeiter in den Städten, durch die Macht der Sowjets und schließlich durch die Politik der Bolschewiki bestimmt.

Dennoch war von Anfang an klar, dass der Übergang zur sozialen Revolution immer auch mit der Lösung der „Agrarfrage“ verbunden sein muss.⁹ Der Aufbau des Sozialismus – vor allem aber die Industrialisierung seit dem Ende der 20er Jahre, die dann mit der Kollektivierung der Landwirtschaft einher-

⁸ Theda Skocpol (1979: 6) bezieht sich u.a. auf die einflussreiche Studie von Barrington Moore, *Social Origins of Dictatorship and Democracy. Lord and Peasant in the Making of the Modern World*, New York 1966.

⁹ Die Agrarfrage spielte bei Marx und Engels eher eine ungeordnete Rolle. Marx hatte im 24. Kapitel des ersten Bandes des „Kapital“ die „sog. ursprüngliche Akkumulation“, d.h. die Vertreibung der Bauern vom Land durch die „Enclosures“ und die Kapitalisierung der Landwirtschaft (Produktion für den Markt) als die Vorgeschichte der Kapitalbildung auf der einen und der Herausbildung der modernen eigentumslosen Lohnarbeiterklasse auf der anderen Seite analysiert. Friedrich Engels schrieb kurz vor seinem Tode im Jahre 1894 einen Text über die „Bauernfrage in Frankreich und Deutschland“ (MEW 22: 483 – 507). Karl Kautsky, der marxistische Cheftheoretiker der II. Internationale, veröffentlichte 1899 ein umfangreiches Werk über die „Agrarfrage“ und die Haltung der Sozialdemokratie. Der bäuerliche Kleinbesitz werde im entwickelten Kapitalismus durch die Mechanisierung und Industrialisierung, im Sozialismus durch die Bildung von Genossenschaften sowie durch Staatsgüter aufgehoben. Die Theoretiker des Sozialismus waren sich freilich bewusst, dass die Kleinbauern („Parzellbauern“ in Frankreich) und das Landproletariat, die einerseits gegen die Großgrundbesitzer eingestellt sind, andererseits – sofern sie auf dem Lande dem Einfluss der Religion ausgesetzt sind – als Träger konservativer und gegenrevolutionärer Politik und Ideologie mobilisierbar sind. Die berühmte Formulierung in einem Brief von Marx an Engels aus dem Jahre 1856 (MEW 29: 47): „The whole thing in Germany wird abhängen von der Möglichkeit, to back the Proletarian Revolution by some second edition of the Peasants’ war“ verweist auf das später bei Lenin in extenso behandelte Problem eines Bündnisses Arbeiterklasse – arme Bauernschaft und die damit verbundene Hegemonie-Frage. Antonio Gramsci hat 1926 in einem Text über „Einige Gesichtspunkte der Frage des Südens“, die Spaltung des Landes in den (industrialisierten) Norden und den (agrarischen) Süden als zentrale strategische Herausforderung für die Bündnispolitik der Kommunistischen Partei bezeichnet. Gleichzeitig zeigte er, wie die Bauernjungen aus dem Süden in der Armee eingesetzt werden, um Streiks der Arbeiter in Turin (August 1917) niederzuschlagen. Das Ressentiment gegen die Großstadt und ihre Einwohner wird dabei von den Vorgesetzten geschürt (Gramsci 1980: 196/197).

ging – wurde daher durch den Grundwiderspruch bestimmt, dass mit der Kollektivierung die „Befreiung“ der Bauern gleichzeitig mit einer erneuten „Ausbeutung“ und gewaltsamen Disziplinierung der Bauernschaft einhergehen musste.¹⁰ Infolge massiver Repressionsmaßnahmen zeichnete sich das neue System durch objektive (institutionelle) und subjektive Widersprüche aus (z. B. die Vorgaben durch die zentralen Planungsbehörden, die geringe Produktivität in der Landwirtschaft oder die Gleichgültigkeit vieler in der Landwirtschaft Tätigen, auch Alkoholismus), die die Sowjetunion bis zu ihrem Ende begleiteten und ihre Entwicklung behinderten.

1917 und 1949 im Vergleich

Beim Vergleich der beiden großen Revolutionen des 20. Jahrhunderts macht Perry Anderson (2010: 55) zuerst darauf aufmerksam, dass die „Oktoberrevolution ein schneller großstädtischer Aufstand“ war, dessen „soziale Basis ... die junge russische Arbeiterklasse“ bildete. Diese machte „weniger als 3 Prozent der Bevölkerung aus“. Die chinesische Revolution hingegen entwickelte sich nach dem Rückzug der Kommunisten aus den großen Städten (1927) auf das Land, in die so genannten „befreiten Gebieten“ unter der Bauernschaft. Die Rote Armee war eine Bauernarmee. Auch die Entwicklung des Sozialismus in China nach 1949 wurde in hohem Maße „vom Lande“ getragen. Selbst die Reformen von Deng Xiao Ping nach 1978 begannen auf dem Lande. Der Wahlspruch des Maoismus, der in den 60er Jahren auch auf die Weltpolitik übertragen werden sollte¹¹, lautete: „Die Dörfer erobern die Städte“. In der offiziellen Programmatik der KP Chinas wird allerdings bis in die Gegenwart die „führende Rolle der Arbeiterklasse“ betont.

Die Agrarfrage im Wechsel der Zeiten

Nach 1945 spielte die Agrarfrage für die sozialistischen Staaten Mittel- und Südosteuropas wiederum eine wichtige Rolle. In Polen z.B. blieb der bäuerliche Kleinbesitz wesentlich erhalten und bildete die soziale Basis nicht nur des Katholizismus, sondern auch der antikommunistischen Bewegungen, die sich – dann aber auch in der Arbeiterschaft (vgl. die Streiks auf der „Leninwerft“ im August 1980) – seit den 1970er Jahren verstärkten.

In der DDR löste die Kollektivierung der Landwirtschaft Anfang der 1950er Jahre Fluchtwellen in die BRD aus. Später jedoch galten die LPGs als relativ stabile Säulen des ökonomischen und politischen Systems der DDR. Für die Revolutionen in der „Dritten Welt“ war die „Agrarfrage“ ohnehin zentral; denn es ging nicht nur darum, sich von der Abhängigkeit von den Metropolen

¹⁰ Schon vor dem Beschluss über die Kollektivierung der Landwirtschaft (1928) musste die Versorgung der Stadtbevölkerungen, also auch der Arbeiter, mit Produkten der Landwirtschaft immer wieder durch Zwangsmaßnahmen gesichert werden.

¹¹ Vgl. Lin Biao, *Es lebe der Sieg im Volkskrieg*, Peking 1965; Kurt Steinhaus, *Zur Theorie des internationalen Klassenkampfes*, Frankfurt/Main 1967.

bzw. vom Weltmarkt zu lösen, sondern auch Strukturen von Monokulturen (z. B. dem Anbau von Zuckerrohr in Kuba) zu überwinden. Die anhaltenden Probleme der Landwirtschaft in Kuba weisen jedoch darauf hin, dass dieses Problem niemals wirklich gelöst wurde.

Das Elend der Subsistenzwirtschaft für die Mehrheit der Bevölkerung auf dem Lande war in der Regel Ausgangspunkt von Migrationswellen, aber auch von Protestbewegungen. Hobsbawm (1998: 365 ff.) bezeichnet den „Untergang des Bauerntums“ in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts – nicht nur in den Kapitalmetropolen, sondern auch in weiten Teilen der so genannten „Dritten Welt“, vor allem aber in den sich neu industrialisierenden Ländern Ost- und Südostasiens (wie China)¹² – als einen „dramatischen und weitreichenden Wandel..., der uns für immer von der Welt der Vergangenheit getrennt hat“.

Mit anderen Worten: Für die progressiven antikapitalistischen Bewegungen des 21. Jahrhunderts kann die Bauernschaft keineswegs die gleiche Rolle spielen wie in den Revolutionen an der Peripherie im 20. Jahrhundert. Der Betrieb der Landwirtschaft mit modernster Technologie und Chemie ebenso wie die Konsumgewohnheiten der Menschen in den reichen Gesellschaften werden dabei zu Problemen, die durch Umweltpolitik, gesunde Ernährung, Beschränkung des globalen Handels mit Agrarprodukten usw. gelöst werden müssen. Allerdings zeichnen sich die Flüchtlingswellen seit dem späten 20. Jahrhundert – von Mittel- und Süd- nach Nordamerika sowie von Afrika und vom Nahen Osten nach Europa – dadurch aus, dass die Krise der Landwirtschaft und der Subsistenzökonomien in den armen Ländern des Südens keine Bauernbewegungen mehr auslösen, die zusammen mit der Arbeiterschaft in den Städten für eine radikale Veränderung der Eigentumsverhältnisse, der Entmachtung der transnationalen Konzerne und für eine Emanzipation von der Weltmarktabhängigkeit eintreten. Zuletzt haben progressive Koalitionen im Kampf um die Überwindung der kolonialen Abhängigkeit nach dem Zweiten Weltkrieg eine wichtige Rolle gespielt. Inzwischen richten sich die Überlebensinteressen vieler auf die Auswanderung nach Europa. Wo sich im eigenen Lande Industrie und Dienstleistungen entwickeln oder Nischenexistenzen möglich erscheinen, wandert die „Überschussbevölkerung“ vom Lande in die städtischen Regionen, wo sich die Elendsbezirke der Groß- und Megastädte ausbreiten (Davis 2006).

2. Der Sieg der Bolschewiki: die Oktoberrevolution

Die Revolution vom Februar 1917 leitete nicht nur den Sturz des Zarenregimes, sondern auch die völlige Auflösung der alten Ordnung ein. Polizei und Armee lösten sich auf; die Bürokratie hielt sich zurück. Auf der örtlichen Ebene entstanden Selbstverwaltungsorgane (Räte/Sowjets). Die Provisorische Regierung, der ab Mai 1917 auch die Menschewiki sowie die Partei der Sozialrevolutionäre angehörten, wurde ab Juli 1917 von Alexander Kerenski (Sozialrevolutionär) geführt. Sie beseitigte Formen der zaristischen Tyrannei und ge-

¹² Auch in Brasilien lebten 2003 83 Prozent der Bevölkerung in den Städten.

währte demokratische Rechte und Freiheiten. Allerdings kam sie nicht dem Wunsch der Massen entgegen, den Krieg zu beenden und eine Agrarreform einzuleiten. So etablierte sich ein System der „Doppelherrschaft“ – auf der einen Seite die Provisorische Regierung, auf der anderen Seite die Arbeiter- und Soldatenräte (Sowjets), deren wichtigster und politisch einflussreichster der Petrograder Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten war. Im März 1917 verabschiedete er ein Manifest „An die Völker der ganzen Welt“, das der Eroberungspolitik den Kampf ansagte und das europäische Proletariat zum Kampf gegen den Krieg aufrief. Die provisorische Regierung setzte – auch unter dem Druck der Westmächte, die mit Russland im Krieg gegen das Deutsche Reich standen – den Krieg fort. Die USA waren am 7. April 1917 in den Krieg gegen Deutschland eingetreten. „Im Juli scheiterte eine russische Offensive nach Österreich; der Druck der Bauernrevolution in den Heimatdörfern der Soldaten nahm zu und die Offiziere gerieten mehr und mehr in den Verdacht der Konterrevolution, was bald durch den Putschversuch des General Kornilow bestätigt wurde.“ (Skocpol 1979: 210)

„Alle Macht den Räten“

Nach seiner Rückkehr nach Russland im April 1917 drängte Lenin die Bolschewiki, in einer zweiten Etappe der Revolution den Kampf für eine Arbeiterregierung unter der Losung „Alle Macht den Räten“ in den Mittelpunkt zu stellen¹³. Der Druck der Massenbewegungen von unten – bei denen die Forderungen nach Beendigung des Krieges eine zentrale Rolle spielte – sollte im System der „Doppelherrschaft“ die Sowjets stärken und damit den Kampf für ein Rätensystem – eine Staatsmacht nach dem Vorbild der Pariser Kommune – vorantreiben¹⁴. „Die Bolschewiki forderten die sofortige Beendigung des Krieges, die Aufteilung der Adelsgüter unter die Bauernschaft, die Kontrolle der Arbeiter über die Industrieproduktion sowie das Selbstbestimmungsrecht

¹³ Die zweite der so genannten „Aprilthesen“ lautete: „Die Eigenart der gegenwärtigen Lage in Russland besteht im *Übergang* von der ersten Etappe der Revolution, die infolge des ungenügend entwickelten Klassenbewusstseins und der ungenügenden Organisiertheit des Proletariats der Bourgeoisie die Macht gab, zur *zweiten* Etappe der Revolution, die die Macht in die Hände des Proletariats und der ärmsten Schichten der Bauernschaft legen muß.“ (LAW II 1964: 40)

¹⁴ Im August/September 1917 verfasste Lenin die Schrift „Staat und Revolution. Die Lehre des Marxismus vom Staat und die Aufgaben des Proletariats“ (LAW II 1964: 315 – 420), in der das Konzept der Räterepublik und der „Diktatur des Proletariats“ entwickelt wird. Darin vertrat er die Auffassung, dass die „Diktatur des Proletariats“ – im Gegensatz zur repräsentativen Demokratie auf der Basis des Kapitalismus – „zum ersten Mal Demokratie für das Volk, für die Mehrheit bringen wird, aber zugleich wird sie notwendigerweise eine Minderheit, die Ausbeuter, niederhalten. Einzig und allein der Kommunismus ist imstande, die wahrhaft vollständige Demokratie zu bieten, und je vollständiger diese sein wird, umso schneller wird sie entbehrlich werden, wird sie von selbst absterben“ (ebd. 392). Lenin konnte sich am Vorabend der Revolution nicht vorstellen, welche Wege die Revolution unter dem Druck der inneren Widersprüche und Herausforderungen sowie des externen gegenrevolutionären Drucks einschlagen würde. Auf jeden Fall hatte er eher naive Vorstellungen über die künftige Staats- und Wirtschaftsordnung im Gefolge einer erfolgreichen politischen Revolution.

für alle nichtrussischen Nationalitäten. Da ihre einfach und zündend formulierten Losungen: Frieden, Land, Brot, Freiheit genau die Wünsche und Interessen der Bevölkerung widerspiegeln, gewannen sie immer größeren Anhang.“ (Lorenz 1972: 273/3) Die Forderungen Lenins waren freilich unter den führenden Bolschewiki höchst umstritten; ihre Kritik wurde aber durch den Gang der Ereignisse selbst korrigiert.¹⁵

Drei große soziale Bewegungen

Im Frühsommer 1917 hatten sich drei große soziale Bewegungen formiert, die die provisorische Regierung unter Handlungsdruck setzten und den Einfluss der Bolschewiki erweiterten. Die Kriegsmüdigkeit erzeugte Meutereien in der Armee, die zur Bildung von Soldatenräten, aber auch zu massiver Desertion führten. Auf dem Lande breitete sich eine Bauernrebellion aus, die eine Aufteilung der Adelsgüter und einen allgemeinen Landausgleich forderten. Da die Soldaten in ihrer Mehrzahl Bauern waren, bestand ein enger Zusammenhang zwischen diesen beiden Bewegungen. „Als die provisorische Regierung im Juni 1917 versuchte, die Armee in eine neue Militäroffensive zu treiben, da hatten die Bauernsoldaten endgültig genug. Sie kehrten zurück in ihre Dörfer, um gemeinsam mit ihren Familien an der Verteilung des Landes teilzuhaben.“ (Hobsbawm 1998: 86)

Schon im Mai 1917 hatte in Petrograd der erste Gesamtrussische Kongress der Bauerndeputierten stattgefunden, der die Aufhebung des Privatbesitzes an Grund und Boden sowie die entschädigungslose Enteignung des großen Grundbesitzes forderte. Es entwickelte sich – schon bevor die Bolschewiki die Macht ergriffen – ein regelrechter Bauernkrieg mit einer radikalen Umwälzung der Agrarverhältnisse (Lorenz 1972: 278/9).

Gleichzeitig radikalisierte sich die Arbeiterschaft. In den Betrieben selbst wurde um die Macht gekämpft. Dabei ging es einerseits um klassische gewerkschaftliche Forderungen (Lohnerhöhungen, Acht-Stunden-Tag), andererseits um Formen der Arbeiterkontrolle. Neben den Arbeiterdeputiertenräten hatten sich Gewerkschaften und vor allem Betriebskomitees etabliert, die direkt von den Belegschaften gewählt wurden. Diese übernahmen zugleich Funktionen bei der Fortführung der Produktion – auch gegen den Willen der Unternehmer – und bei der Verhinderung von Massenentlassungen. „Die Industriearbeiter waren zum Überleben darauf angewiesen, dass die Fabriken weiter produzierten – und dass – wenigstens zu minimaler Sicherheit – der Austausch zwischen Produzenten und Konsumenten, sowie zwischen Stadt und Land weiter ging. Als sich das Chaos ausweitete, hatten sie ein gesteigertes Interesse an der Zusammenarbeit mit irgendeiner organisierten revolutionären Kraft, die daran gehen würde, diese Probleme zu lösen.“ (Skocpol 1979: 211) Bis zum Sommer 1917 hatte sich die Mitgliederzahl der bolschewisti-

¹⁵ „Bodganow charakterisierte die ‚Aprilthesen‘ als das ‚Delirium eines Wahnsinnigen‘ und Nadezda Krupskaja selbst kam zu dem Schluss: ‚Ich fürchte, es sieht so aus, als sei Lenin zurück geworden‘“ (Zizek 2002: 10).

schen Partei auf eine Viertelmillion erhöht. Die Leistung von Lenin und den Bolschewiki bestand im Wesentlichen darin, dass sie „zu erkennen in der Lage“ waren, was die Massen wollten. Führung bestand eben auch darin, „den Massen folgen zu können“ (Hobsbawm 1998: 86).

Chaos und Verfall der provisorischen Regierung

Angesichts dieser Dynamik in der zweiten Etappe der Revolution geriet die provisorische Regierung immer mehr in die Defensive, zumal sie sich nicht zur Beendigung des Krieges durch einen Separatfrieden entscheiden konnte. Nach Massendemonstrationen im Juli, die den Losungen der Bolschewiki folgten, kam es zu Verhaftungen und Verfolgungen der Linken – Lenin verbarg sich im finnischen Exil, wo er „Staat und Revolution“ schrieb. Im September unternahm der zaristische General Kornilow einen Militärputsch gegen die provisorische Regierung und die Sowjets. Damit kündigte sich zum ersten Mal das Potenzial einer gewaltigen Konterrevolution an, die von den Trägern der Macht des alten Regimes – hier der Führung der alten Armee – ausging. Die Kraft der revolutionären Basisbewegungen zeigte sich freilich auch darin, dass der Putsch vor allem deshalb schnell zusammenbrach, weil er auf massiven Widerstand von Seiten der Roten Garden und von Soldaten traf, die sich den Sowjets angeschlossen hatten. So bewaffnete z. B. die Eisenbahnergewerkschaft ihre Mitglieder und ließ Schienen und Brücken bewachen.

Bis zum Oktober nahmen das Chaos sowie der Verfall der Autorität der provisorischen Regierung zu. Nachdem die Bolschewiki die Mehrheit im Petrograder Sowjet erobert hatten, übernahmen sie die Initiative und bestimmten den weiteren Gang der Entwicklung. Lenin forcierte nunmehr die Vorbereitung auf die Übernahme der Macht durch einen bewaffneten Aufstand.¹⁶ „In Artikeln und Briefen an das Zentralkomitee analysiert Lenin die Lage, wobei er jedesmal die internationalen Bedingungen voran stellt. Symptome und Tatsachen des Erwachens des europäischen Proletariats sind ihm auf dem Hintergrund der Kriegsergebnisse unbestreitbare Beweise dafür, dass die unmittelbare Bedrohung der russischen Revolution seitens des ausländischen Imperialismus immer mehr abnehmen wird. Verhaftungen der Sozialisten in Italien und besonders der Aufstand der deutschen Flotte¹⁷ veranlassen ihn, einen ungeheuren Umschwung in der gesamten Weltlage zu proklamieren: ‚Wir stehen am Beginn einer proletarischen Weltrevolution‘.“ (Trotzki 1960: 587) Der Aufstand sollte vom Militärischen Revolutionskomitee des Petrograder Sowjets, das von Leo Trotzki geleitet wurde, vorbereitet und durchgeführt werden (vgl. Trotzki 1960: 568 ff.).

¹⁶ In diesen Wochen – seit September – verfasste er u.a. die Schriften: „Die Bolschewiki müssen die Macht ergreifen“, „Marxismus und Aufstand“, „Werden die Bolschewiki die Staatsmacht behaupten?“, „Die Krise ist herangereift“ (LAW II: 421 – 485).

¹⁷ Dieser Hinweis bezieht sich auf Unruhen unter den Matrosen in Wilhelmshaven im August/September 1917; im September 1917 wurden die beiden Matrosen Albin Köbis und Max Reichpietsch als Führer der Meuterei exekutiert. Der Matrosenaufstand von Kiel, der die Novemberrevolution 1918 mit einleitete, folgte ein Jahr später.

Der Sturm auf das Winterpalais und die Folgen

Am 25. Oktober (d.h. am 7. November nach dem gregorianischen Kalender) wurde der Regierungssitz im Winterpalais von Roten Truppen umstellt, die am Abend ein Ultimatum an die im Gebäude versammelten Regierungsmitglieder richteten. Gleichzeitig begann der 2. Allrussische Sowjetkongress seine Tagung im Smolny. Die 649 Delegierten – von denen 390 sich als Bolschewiki bezeichneten – kamen aus 400 Sowjets – überwiegend aus den großen Industriegebieten und den politischen Zentren des Landes. In den Morgenstunden des 8. November wurden die Regierungsmitglieder (bis auf Kerenski, dem die Flucht gelang) verhaftet und in die Peter-Pauls-Festung gebracht; wenig später verkündeten die Bolschewiki ihre Machtübernahme. Der Sowjetkongress bildete als revolutionäre Regierung einen Rat der Volkskommissare, dessen Vorsitzender W. I. Lenin wurde. Der Rat verabschiedete drei Dekrete, die den Beginn der neuen Ära verkündeten:

- Das Dekret über den Frieden versprach, einen Frieden ohne Annexionen und Kontributionen anzustreben, und verkündete die Bereitschaft der neuen Macht, den Krieg durch einen einseitigen Friedensschluss mit dem Deutschen Reich zu beenden.
- Das „Dekret über den Grund und Boden“ machte die Forderungen der Bauern nach einer Sozialisierung des Bodens, die schon der Allrussländische Sowjet der Bauerndeputierten im August 1917 erhoben hatte, zum Gesetz.
- Schließlich folgte das Dekret über die Rechte der Völker Russlands, das der Rat der Volkskommissare als seine Nationalitätenpolitik übernahm. Darin war u.a. festgehalten: 1. Gleichheit und Souveränität der Völker Russlands; 2. Recht der Völker Russlands auf freie Selbstbestimmung, bis hin zu einer Loslösung und Bildung eines selbständigen Staats, 3. Aufhebung nationaler und nationalreligiöser Privilegien und 4. Freie Entfaltung nationaler Minderheiten und ethnographischer Gruppen, die das Gebiet Russlands bewohnen. Für den Rat der Volkskommissare unterzeichneten W. I. Lenin (als Vorsitzender) und Joseph Dschugaschwili-Stalin (als Volkskommissar für nationale Angelegenheiten).

Zehn Tage, die die Welt erschütterten

Der US-amerikanische Schriftsteller John Reed¹⁸ – Teilnehmer der revolutionären

¹⁸ Der Amerikaner John Reed (1887 – 1920) hatte an der Eliten-Universität Harvard studiert und dort gemeinsam mit seinem Jugendfreund Walter Lippmann einen sozialistischen Klub gegründet (vgl. Deppe 2003: 411 ff.). Als Journalist begleitete er Streikbewegungen in den USA und die mexikanische Revolution. Als er 1918 von Russland nach New York zurückkam, wurde sein Buchmanuskript immer wieder von der US-Justiz in Beschlag genommen. Bald nahm er an der Gründung der Kommunistischen Arbeiterpartei teil und wurde Redakteur der Zeitung „The Voice of Labor“. Mehrfach wurde er verhaftet. 1919 wurde er gebeten, nach Moskau zu kommen, um in der Kommunistischen Internationale zu arbeiten. Er starb – am Typhus erkrankt – am 17. Oktober 1920 und wurde an der Kremllmauer beigesetzt.

nären Ereignisse in Petrograd – publizierte 1919 ein Buch mit dem Titel „10 Tage, die die Welt erschütterten“. Darin rekonstruiert der Sozialist Reed, der schon 1920 starb, die 10 Tage nach dem 7. November als ein „Stück geballter Geschichte“. Er spricht von einer „großen Revolution, in der hundertsechzig Millionen der am schwersten unterdrückten Menschen in der Welt plötzlich ihre Freiheit erringen“. Gegenüber den Kritikern vertritt er die Auffassung, „dass die russische Revolution eine der größten Taten in der Geschichte der Menschheit ist“. Der „Aufstieg der Bolschewiki“ ist ihm ein „Ereignis von weltweiter Bedeutung“. Im Vorwort vom 1. Januar 1919 erwähnt er, dass er an einem neuen Buch unter dem Titel „Von Kornilow bis Brest-Litowsk“ arbeite (Reed 1957: 8ff.). Damit deutet er an, dass für die weitere Entwicklung der Revolution, für das Überleben des Sowjetregimes die Auseinandersetzung mit der Konterrevolution schnell zur entscheidenden Herausforderung wurde und das Handeln der Akteure in der konkret geschichtlichen Konstellation bestimmte.¹⁹

Auch das Schicksal der konstituierenden, d.h. verfassungsgebenden Versammlung, die am 25. November gewählt wurde und am 18. Januar 1918 zusammentrat, wurde im Zusammenhang der heftiger werdenden Kämpfe um das Überleben der Sowjetregierung entschieden. Die Bolschewiki verfügten – mit ihren Verbündeten – nur über zirka 25 Prozent der Sitze, hatten allerdings in den großen Städten sowie unter den Soldaten der Westfront eine deutliche Mehrheit erreicht. Die Partei der Sozialrevolutionäre verfügte über eine Mehrheit, die sie vor allem auf dem Lande errungen hatte. Eine Gruppe von linken Sozialrevolutionären kooperierte allerdings mit den Bolschewiki. Die bolschewistische Fraktion brachte einen Resolutionsentwurf ein, die ‚Deklaration der Rechte des werktätigen und ausgebeuteten Volkes‘. Die Deklaration bezeichnete Russland als die ‚Republik der Sowjets‘, als ‚freie Nation freier Nationen‘ und forderte die Anerkennung der ‚Errungenschaften‘ der Oktoberrevolution: Annullierung der Auslandsanleihen, Nationalisierung des Bodens, Verstaatlichung der Banken und Arbeiterkontrolle über die Fabriken und Betriebe als Vorstufe zur Sozialisierung. Die nichtbolschewistische Mehrheit lehnte die Behandlung dieses Antrages ab, worauf die Bolschewiki die Versammlung verließen. Noch am gleichen Tag löste sie sich auf (Boffa 1978: 492 ff.). Am 25. Januar 1918 ließen sich die Bolschewiki die Deklaration vom 3. Sowjetkongress bestätigen. Die im Juli 1918 erlassene erste Verfassung übernahm den Text der Deklaration in ihrem ersten Abschnitt. Die Gegner der Bolschewiki formierten sich nunmehr schon in Orten und Bündnissen, die in die Fronten des Bürgerkrieges eingespannt waren. Für die Anhänger des Ver-

¹⁹ Das Buch von John Reed gehörte zu den im 20. Jahrhundert am meisten gelesenen Büchern. Allerdings wurde nach dem Tod Lenins 1923 unter der Federführung von Stalin, der in den 20er Jahren die engsten Gefährten aus der Revolution ausschaltete (Kamenew, Sinowjew, Bucharin und schließlich Trotzki), auf „Fehler“ hin gewiesen, die sich insbesondere auf die Würdigung von Trotzki bezogen (Reed 1957: 499 ff.). Auch darin reflektierte sich der grundlegende Widerspruch der russischen Revolution: Das Festhalten am Anspruch der Revolution war immer mehr mit Formen der Gewalt und Repression – auch mit der Manipulation der historischen Wahrheit – verbunden.

fassungsgedankens, vor allem aber für die Gegner der Revolution war (und ist) damit der „Sündenfall“ der Sowjetmacht bereits vollzogen.

Die Gesetze der Revolution

Die „Gesetze der Revolution“ (Crane Brinton) werden freilich im Übergang von der ersten Phase der politischen Revolution, dem Sturz des Ancien Régimes, in die zweite Phase der Revolution, in der die Revolution gegen die Konterrevolution verteidigt werden muss und der „revolutionäre Block“ zerfällt (in „Radikale“ und „Konstitutionalisten“, „Jakobiner und Girondisten“), niemals durch die Ergebnisse von Wahlen bestimmt. Diese konnten im besten Fall eine Momentaufnahme von Stimmungen vermitteln, aber keineswegs die schnelle Entwicklung und Veränderung von realen Machtverhältnissen in dem riesigen Land zwischen Wladiwostok und Minsk widerspiegeln. Revolutionen sind durch den Zusammenbruch der alten Ordnung und durch den Kampf um die Errichtung einer neuen Ordnung charakterisiert – der Kampf um die Erhaltung der revolutionären Macht folgt dem Muster des Krieges, in dem die Schlachten in letzter Instanz durch die Verfügung über Ressourcen a) der Legitimation („Zustimmung von unten“) und b) der materiellen Macht („Geld, Gewehre und Menschen“), schließlich auch c) durch die Qualität politisch-strategischer Führung entschieden werden. Ein weiteres Merkmal von revolutionären Situationen ist – für kurze Zeiträume – die Unübersichtlichkeit bzw. das Chaos, das aus dem Zusammenbruch der alten Ordnung – vor allem am Ende eines Krieges und im Zusammenhang der Niederlage und Auflösung der Armeen des alten Regimes – resultiert. Die Verschiebung der Fronten, der Wechsel von Siegen und Niederlagen, der Verfall von Allianzen und der Eintritt neuer Gegner, die Lösung der Versorgungsfragen der Bevölkerung wie der Armee, Transportprobleme usw. konfrontieren die Führung der Revolution im schnellen Wechsel mit unvorhersehbaren Herausforderungen, die schnelle Entscheidungen erfordern.

Rosa Luxemburg (1968: 113) hatte Anfang 1918 in ihrem – im Gefängnis verfassten – Manuskript über die „Russische Revolution“ darauf hingewiesen, dass sich jede Revolution „nach wenigen Monaten in der Alternative: Sieg der Konterrevolution oder Diktatur des Proletariats“, als „objektive Lage“, befindet. „... die Grundlehre jeder großen Revolution, deren Lebensgesetz lautet: entweder muss sie sehr rasch und entschlossen vorwärtsstürmen, mit eiserner Hand alle Hindernisse niederwerfen und ihre Ziele immer weiter stecken, oder sie wird sehr bald hinter ihren schwächeren Ausgangspunkt zurückgeworfen und von der Konterrevolution erdrückt.“

3. Revolution im Widerspruch

Im Juli 1918 verabschiedete der V. Sowjetkongress die erste Verfassung der „Republik der Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten“. Sie enthielt im zweiten Abschnitt Teile der Deklaration, die der III. Sowjetkongress im Januar 1918 gebilligt hatte. Darin werden als Ziele der Oktoberrevo-

lution festgehalten: „Die Hauptaufgabe der für den gegenwärtigen Augenblick des Übergangs bestimmten Verfassung der Russischen Föderativen Sowjetrepublik besteht in der Errichtung der Diktatur des städtischen und ländlichen Proletariats und der ärmsten Bauernschaft in der Form der mächtigen gesamt-russischen Sowjetmacht zur völligen Niederhaltung der Bourgeoisie, zur Abschaffung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und zur Errichtung des Sozialismus, unter dem es weder eine Teilung in Klassen noch eine Staatsmacht geben wird“. (Art. 9)

Die Ziele der Revolution

„Zur Verwirklichung der Sozialisierung des Bodens wird das Privateigentum am Boden aufgehoben. Der gesamte Boden wird zum Eigentum des ganzen Volkes erklärt und den Werktätigen ohne jede Ablösung auf der Grundlage einer ausgleichenden Bodennutzung übergeben. Alle Wälder, Bodenschätze und Gewässer von gesamtstaatlicher Bedeutung sowie das gesamte lebende und tote Inventar, die Mustergüter und die landwirtschaftlichen Musterbetriebe werden zum Nationaleigentum erklärt.

Als erster Schritt zum vollständigen Übergang der Fabriken, Werke, Gruben, Eisenbahnen und sonstigen Produktions- und Transportmittel in das Eigentum der sowjetischen Arbeiter- und Bauernrepublik werden die von den Sowjets erlassenen Gesetze über die Arbeiterkontrolle und über den Obersten Volkswirtschaftsrat bestätigt, mit dem Ziel, die Macht des werktätigen Volkes über die Ausbeuter zu sichern.

Das ... Sowjetgesetz über die Annullierung (Nichtigkeitserklärung) der Anleihen, die von den Regierungen des Zaren, der Gutsbesitzer und der Bourgeoisie aufgenommen wurden, (ist ein) erster Schlag gegen das internationale Bank- und Finanzkapital ...

Der Übergang aller Banken in das Eigentum des Arbeiter- und Bauernstaates als eine der Vorbedingungen für die Befreiung der werktätigen Massen vom Joch des Kapitals wird bestätigt.

Zur Beseitigung der parasitären Schichten der Gesellschaft und zur Organisation der Wirtschaft wird die allgemeine Arbeitspflicht eingeführt.

Zur Sicherung der unumschränkten Macht der werktätigen Massen und zur Beseitigung der Möglichkeit, die Macht der Ausbeuter wieder herzustellen, wird die Bewaffnung der Werktätigen, die Bildung einer sozialistischen Roten Armee der Arbeiter und Bauern die völlige Entwaffnung der besitzenden Klassen dekretiert.“

Das 3. Kapitel der Verfassung begann mit dem folgenden Artikel 4: „Der III. Gesamtrussische Sowjetkongress drückt seine unerschütterliche Entschlossenheit aus, die Menschheit den Klauen des Finanzkapitals und des Imperialismus zu entreißen, die in diesem verbrecherischsten aller Kriege die Erde mit Strömen von Blut überschwemmt haben, er erklärt sein Einverständnis mit der von der Sowjetmacht durchgeführten Politik der Zerreißung der Geheim-

verträge, der Organisierung der breitesten Verbrüderung mit den Arbeitern und Bauern der gegenwärtig miteinander kriegführenden Armeen und billigst das Streben, unter allen Umständen mit revolutionären Maßnahmen einen demokratischen Frieden der Werktätigen, einen Frieden ohne Annexionen und Kontributionen auf der Grundlage der freien Selbstbestimmung der Nationen herbeizuführen“. Artikel 5: „Zu eben diesem Zweck besteht der III. Gesamtrussische Sowjetkongress auf dem völligen Bruch mit der barbarischen Politik der bürgerlichen Zivilisation, die den Wohlstand der Ausbeuter einiger weniger auserwählter Nationen auf der Versklavung der Hunderte Millionen zählenden werktätigen Bevölkerung Asiens, in den Kolonien überhaupt und in den kleinen Ländern gründete.“

Der Staatsaufbau wurde nach dem Konzept einer „Räterepublik“²⁰ festgelegt. W.I. Lenin hatte in seiner Schrift „Staat und Revolution“ vom Juli 1917 die politischen Schriften von Marx und Engels über die französischen Revolutionen von 1793 und 1871 interpretiert. Die erste – politische – Aufgabe der Revolution sei die „Zerschlagung des alten Staatsapparates“, sodann die Errichtung einer „Diktatur des Proletariats“, die als Übergangsregierung begriffen wurde. Diese Diktatur sei notwendig, um den Widerstand der Konterrevolution abzuwehren und die ersten Maßnahmen der revolutionären Regierung durchzusetzen.

Das Rätssystem

Die Bolschewiki stützten sich auch auf die Erfahrungen der Sowjets in der Revolution von 1905 und nach der Februarrevolution von 1917. Mit dem Sieg der Revolution und der Niederlage der Provisorischen Regierung sollten die Räte nunmehr das innere Gerüst des sozialistischen Staates bilden. Das Rätensystem bricht mit der repräsentativen Demokratie, nach der durch Wahlen (in der Regel alle vier Jahre) eine Volksvertretung (Parlament) gewählt wird, die die Regierung bildet und kontrolliert sowie als gesetzgebende Körperschaft (Legislative) im Zentrum des politischen Systems steht. Schon Marx hatte die Trennung von Wählern und Gewählten kritisiert und drauf hingewiesen, dass die subalternen Klassen in der Regel nicht in den Parlamenten repräsentiert sind.²¹

²⁰ Das russische Wort für „Rat“ heißt „Sowjet“.

²¹ Das lag auch daran, dass zu Lebzeiten von Marx das allgemeine Wahlrecht noch längst nicht durchgesetzt war. Erst am Ende des Ersten Weltkriegs – also nach der russischen Oktoberrevolution – setzte sich in den demokratisch verfassten Staaten das allgemeine Wahlrecht auf breiter Front durch. Allerdings verfiel der politische Liberalismus, der die Konzeption der repräsentativen Demokratie vertritt, gleichzeitig in eine tiefe Krise. Autoritäre Regime von rechts etablierten Diktaturen, die das Wahlrecht und die Parlamente ausschalteten (Barth 2016). Lenin blickte 1917 auf eine Periode seit Anfang des Jahrhunderts zurück, in der sozialistische Parteien der II. Internationale – allen voran die deutsche Sozialdemokratie – Wahlerfolge errangen und mit starken Fraktionen in den Parlamenten vertreten waren. Allerdings waren die Parlamentsfraktionen der Sozialdemokratie in ihrer großen Mehrheit auf die Politik der Kriegsunterstützung seit 1914 eingeschwenkt. Sie waren daher am Niedergang und der Spaltung der Internationale beteiligt, die

Lenin schrieb in „Staat und Revolution“: „Demokratie für eine verschwindende Minderheit, Demokratie für die Reichen – so sieht der Demokratismus der kapitalistischen Gesellschaft aus“. Er wies auf Beschränkungen des Wahlrechts sowie auf die „rein kapitalistische Organisation der Tagespresse“ hin (LAW II: 390). Lenin war davon überzeugt, dass mit der „Diktatur des Proletariats zum ersten Mal eine Demokratie für das Volk, für die Mehrheit“ verwirklicht wird, die „notwendigerweise eine Minderheit, die Ausbeuter, niederhalten“ wird (ebd.: 392). Im „Kommunismus“ würde dann der Staat wohl – so argumentierte er im Anschluss an Marx und Engels – „von selbst absterben“ (ebd.: 392). Lenin hat sich allerdings in „Staat und Revolution“ nicht über die Rolle der Parteien bzw. der Partei im Räteystem geäußert. In den so genannten Frankreich-Schriften von Marx kam die proletarische Partei, wie sie sich seit den Ende des 19. Jahrhundert erst etabliert hatte, überhaupt nicht vor. Vielleicht teilte er die Auffassung von anderen Theoretikern des Räteystems, nach der sich mit der Etablierung der Räteverfassung die Aufgaben der Partei gleichsam erschöpft hätten und diese überflüssig geworden sind. Die Räteordnung würde den Parlamentarismus, damit auch die Parteien, überflüssig machen – zumal die bürgerlichen Parteien mit der Aufhebung der Ordnung des Privateigentums ohnehin verschwinden würden.

Auf jeden Fall widersprach der Verlauf der Oktoberrevolution diesen Vorstellungen radikal; denn schließlich wurde mit der „Diktatur des Proletariats“ ein Einparteiensystem durchgesetzt, das mit dem Staatsapparat verschmolzen und den Räten übergeordnet war. „Die Partei“ (zeitweilig ihr Führer) wurden schließlich zum „neuen Gott“ der sozialistischen Ordnung. Schon 1921 hatte der X. Parteitag ein „Verbot der Fraktionsbildung“ in der Partei beschlossen. So entstand mit der Oktoberrevolution und den anschließenden Kämpfen das Phänomen des „kommunistischen Revolutionärs – geschult im politischen Handeln und erfahren in der notwendigen Anwendung politischer Gewalt, der einen neuen Staat aufbaute, der auf die Partei gegründet war“ (Gerwarth/Horne 2012: 9). Die Partei wählte die „Kader“ einer Staatsklasse aus – im Staat, in der Armee und in der verstaatlichten Wirtschaft – und belohnte sie nach ihrem Verdiensten und nach ihrem Status in der politischen Hierarchie („Nomenklatura“). Allerdings war diese „Klasse“ stets auf die Verwirklichung der Ziele festgelegt, die von der Partei als Aufbau, Weiterentwicklung bzw. Vollendung des Sozialismus vorgegeben worden waren.

Lenin wurde nach seinem Tod im Januar 1924 von Stalin in die Reihe der „Klassiker“ gestellt.²² Damit würdigte Stalin nicht nur Lenins Rolle in der Oktoberrevolution, sondern kanonisierte insbesondere auch seine Parteitheorie, die Lenin schon Anfang des Jahrhunderts in „Was tun?“ formuliert hatte. Die straff zentralistisch geführte Avantgardepartei von Berufsrevolutionären wurde fortan als Garant für die erfolgreiche Durchführung der Revolution an-

schließlich im Gefolge der Oktoberrevolution die folgenden Jahrzehnte in der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung bestimmen sollte.

²² Vgl. J. W. Stalin, Zu den Fragen des Leninismus, 1926.

gesehen. Die Spaltung der SDAPR wurde damit zum Vorbild für die Politik der Linken in den sozialistischen Parteien der II. Internationale. Für Lenin war allerdings klar gewesen, dass diese Avantgarde niemals den Bezug zur Arbeiterklasse sowie zu den Volksbewegungen auf dem Lande verlieren dürfe. Er war sich selbst wohl auch bewusst, dass er in "Was tun?" keine Theorie einer sozialistischen Massenpartei entwickelt hatte, die unter legalen Bedingungen in einem hoch entwickelten kapitalistischen Land agiert.²³

Die Räte Demokratie war als Modell einer „direkten“ (im Unterschied zur repräsentativen) Demokratie konzipiert, in der die Trennung von Wählern und Gewählten, aber auch die Trennung von Legislative und Exekutive aufgehoben werden soll. Die Wähler sind in Basiseinheiten organisiert (in Betrieben, Gemeinden, Stadtteilen, Armee-Einheiten usw.). Sie wählen Räte, die die Funktionen von Gesetzgebung, Ausführung und Gericht als Einheit wahrnehmen. Auf diese Basisorganisation baut ein System von Räten auf den höheren Ebenen (Gemeinde, Regionen, Wirtschaftszweig, Bezirks- und Zentralräte) auf.

Solche „Räte“ hatten in allen Revolutionen der Neuzeit als spontan gebildete Organe der revolutionären Volksmassen eine Rolle gespielt. Gleichwohl gab es am Ende des Ersten Weltkrieges, als sich die Bewegungen für die Räte Demokratie ausbreiteten (in Deutschland, Italien usw.), keine Erfahrungen mit einer halbwegs funktionierenden Räteverfassung. In den Räten spiegelten sich zugleich die widersprüchlichen Interessen der verschiedenen sozialen Gruppen (Berufsgruppen, ideologische Strömungen). Gleichzeitig wurde immer wieder der Konflikt zwischen der basisdemokratischen Organisation und der Notwendigkeit zentraler Entscheidungen im revolutionären Prozess selbst zum Problem. Komplexe Räte Modelle (z. B. in der deutschen Novemberrevolution) konnten sich gegen die Parteien nicht durchsetzen; lediglich Restbestände erhielten sich in Formen der Wirtschaftsdemokratie (Betriebsrätegesetz im Deutschen Reich von 1921).

Rätegedanke und die Realität

In der jungen Sowjetunion hingegen glaubten die Bolschewiki daran, mit der Räterepublik die angemessene politische Form der Diktatur des Proletariats gefunden zu haben. Das sollte sich unter dem Druck der inneren und äußeren Herausforderungen schnell ändern. Nunmehr wurde über die Vorherrschaft der Partei, aber auch der repressiven Staatsorgane sowie durch die zentralistische Wirtschaftspolitik ein System der Diktatur errichtet, das allerdings formell die Räte als Basisorganisationen der Politik beibehielt. Die Partei definierte sich fortan als Instrument, um die „führende Rolle der Arbeiterklasse“

²³ Jupp Schleifstein betont, „wie unsinnig und gegen den ganzen Geist Lenins gerichtet es war, eine ewig gültige parteipolitische Organisationsform, mit absolut gesetzten organisatorischen Prinzipien anzunehmen.“ „Seine Auffassung der Parteiorganisation war die aus den damaligen Bedingungen und Aufgaben erwachsene; sie war geschichtlich bedingt und geschichtlich begrenzt.“ J. Schleifstein, „Lenins Auffassung der Parteiorganisation“ (1990/1991), in: Schleifstein 2015: 226, 248.

in Wirtschaft, Gesellschaft und Staat zu gewährleisten. Immerhin nannte sich der Staat, der sich 1991 auflöste, seit 1922 „Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken“ (UdSSR). Die „Kader“ der Partei waren freilich entscheidend für die Durchsetzung der zentralen Parteibeschlüsse „an der Basis“ – in den Gemeinden und Regionen, in den Betrieben und anderen gesellschaftlichen Institutionen, in der Armee.²⁴ Diese Bedeutung wurde stets bei den „Großen Initiativen“ – Aufbau der roten Armee, Elektrifizierung, Kampf gegen Hunger, Industrialisierung ab Ende der 1920er Jahre, Kollektivierung der Landwirtschaft, Kampf gegen den Faschismus usw. – propagandistisch in den Vordergrund gestellt.

Hoffnungen auf die proletarische Weltrevolution

In der ersten Sowjetverfassung von 1918 wurde „der gegenwärtige Augenblick“ als Zeit des „Übergangs“ bezeichnet. Die Bolschewiki waren davon überzeugt, die Revolution in Russland könne nur als Vorläufer bzw. als Auslöser revolutionärer Veränderungen im Westen, d.h. in Europa, insbesondere in Deutschland, eine Chance des Überlebens und des Erfolges haben. Der „rote Oktober“ sollte Teil der „proletarischen Weltrevolution“ sein – aber auch dann würde sich der Weg der Sowjetunion aufgrund der Verwüstungen in der Folge des Krieges und der Revolution, der Rückständigkeit des Landes sowie der Bedeutung der Bauernschaft und der Landwirtschaft niemals an den hochentwickelten kapitalistischen Staaten des Westens mit einer eigenen demokratischen Tradition orientieren können.

Die Verselbständigung des Terrors

Die Bolschewiki akzeptierten im Dezember 1917 – wie die Jakobiner im Jahre 1793 – das Instrument des „Terrors“ gegen die Konterrevolution und damit die Schaffung einer Geheimpolizei, die für die „Staatssicherheit“ zuständig sein sollte. Sie glaubten am Anfang daran, dass sich die Aufgaben dieser Organe in dem Maße verringern und aufheben würden, wie die Revolution gesiegt und ihre Ergebnisse sich gefestigt hätten. Die dann tatsächlich folgende Verselbständigung dieser Organe und ihrer Praktiken wurde immer wieder mit dem anhaltenden Druck der Konterrevolution – von innen und außen – gerechtfertigt. Sie deformierte aber zugleich den Charakter des gesamten Systems.

Im Westen gingen die Marxisten davon aus, dass im Sozialismus der vom Industrieproletariat geschaffene Reichtum – aufgrund der Aufhebung der privaten

²⁴ Stalin sagte 1935 in einer Rede vor den Absolventen der Akademie der Roten Armee: „Und deshalb, Genossen, wenn wir die Armut der Menschen erfolgreich überwinden wollen und wenn wir unser Land mit genügend Kadern ausstatten, die in der Lage sind, die Technik voranzubringen und in Gang zu setzen, dann müssen wir zuallererst lernen, die Menschen zu schätzen, die Kader zu schätzen, jeden Arbeiter zu schätzen, der in der Lage ist, unsere gemeinsame Sache voranzubringen. Es ist an der Zeit zu realisieren, dass von dem wertvollen Kapital, das die Welt besitzt, die Menschen und die Kader das wertvollste Kapital bilden. Wir müssen unter den gegenwärtigen Bedingungen erreichen, dass die ‚Kader alles entscheiden‘.“ (Stalin 1947: 595)

Aneignung der Produktionsergebnisse durch die Kapitalisten – nach einem gesellschaftlichen Plan, der von einer Arbeiterregierung erstellt würde, zugunsten gesellschaftlicher Aufgaben, zugunsten der Sicherheit und zur Finanzierung eines Staates sowie schließlich auch zugunsten des individuellen Konsums neu verteilt würde. In Sowjetrußland musste es hingegen erst einmal darum gehen, die Produktion des gesellschaftlichen Reichtums auf ein Niveau zu heben, das das Verhungern weiter Teile der Bevölkerung – in den Städten wie auf dem Lande – unmöglich machte. Da die Wirtschaft nicht länger durch Wettbewerb und Profit angetrieben wurde, bedurfte es eines großen moralischen und physischen Heroismus, um an die Bewältigung dieser Aufgaben heranzugehen. Ähnliches war in allen früheren Revolutionen der Fall gewesen – wenn sie denn zeitweilig gesiegt hatten und die Frage nach dem Aufbau der neuen Ordnung und der Bewältigung der Alltagsprobleme der Bevölkerung in den Vordergrund trat.

Den führenden Köpfen der Bolschewiki waren diese Widersprüche natürlich bewusst. Allerdings blieb ihnen kaum Zeit, um sich gründlich mit der Möglichkeit von Lösungen und Alternativen auseinanderzusetzen; denn der Zwang der Ereignisse – insbesondere die Auseinandersetzung mit der Gegenrevolution – verhinderte zunächst einmal „Atempausen“ und damit auch das Experimentieren mit Alternativen. Bis zum Ende der 1920er Jahre hatte sich die Diktatur Stalins in der Partei etabliert; sie ging aus innerparteilichen Auseinandersetzungen hervor, bei denen führende Köpfe der Bolschewiki (vor allem Bucharin und Trotzki) immer wieder – vergeblich – andere Wege der Revolution vorgeschlagen hatten. Die – zunehmend gewaltsame – Niederschlagung dieser alternativen Konzepte, schließlich die Vernichtung der „alten Garde“ der Bolschewiki musste zur Folge haben, dass das politische System (aber auch der Parteiapparat selbst) von den repressiven Organen der Staatsmacht dominiert wurde.

Erstarrung und Niedergang

Die Unterdrückung von Ansätzen zur Reform des Systems bzw. für alternative Entwicklungspfade im System erzeugte schließlich jene Erstarrung, die – zusammen mit den ökonomischen Missständen des Systems der Planwirtschaft – zunehmend die Legitimation des Regimes im Volke untergruben. Die meisten Kommunisten und Anhänger der Sowjetunion waren – oft bis kurz vor ihrem Zusammenbruch – der Überzeugung, dass die Machtexzesse und Gewalttaten des Stalinismus, aber auch andere Formen der Gewaltherrschaft in dem Maße zurückgenommen werden können, wie sich die Sowjetunion von den Fesseln der Rückständigkeit auf der einen und von dem gegenrevolutionären Druck von außen auf der anderen Seite befreien kann. Nach dem Tod von Stalin, vor allem nach dem XX. Parteitag der KPdSU, haben viele Analytiker vom Ende der Stalin'schen Gewaltherrschaft gesprochen (z. B. Hofmann 1967). Dabei wurde immer wieder unterschätzt, welche objektiven Machtverhältnisse in das politische und gesellschaftliche System der staatssozialistischen Systeme eingebaut waren, die deren Fähigkeit zur Bewältigung von Krisen und Herausforderungen durch Reformen im System immer wieder blockieren mussten. Im Prozess der Modernisierung (durch die industrielle und

technische Entwicklung, durch die Anhebung des kulturellen Niveaus, des Bildungsstandes der Bevölkerung usw.) entstehen immer wieder „Bewährungsproben“, die oftmals durch innere Krisen, Kritik aus den eigenen Reihen, Formen des Widerstandes (z. B. Streiks), aber auch durch Druck von außen (nicht nur politisch-militärisch, sondern auch durch grenzüberschreitende Systeme der Massenkommunikation) herausgefordert werden. Die französischen Soziologen Boltanski und Chiapello (2003: 74) vertreten dabei die These, dass „eine Gesellschaft (oder ein Gesellschaftszustand) durch die Natur der von ihr begründeten Bewährungsproben definiert werden kann, durch die die soziale Auslese der Personen erfolgt, sowie durch die Konflikte, die sich am Gerechtigkeitsgehalt dieser Bewährungsproben entzünden“. Die Krisen, die immer wieder in sozialen und politischen Systemen – in ihrer Entwicklung – auftauchen, können eine „Reinigungsfunktion“ haben. In diesem Sinne hatte z.B. Marx im „Kapital“ die periodischen Wirtschaftskrisen, die mit der „Überakkumulation von Kapital“ verbunden sind, als Reinigungskrisen bezeichnet. Die dem Kapitalismus neue Wachstums- und Prosperitätspotenziale erschlossen.

Mit anderen Worten: Die Entwicklung der Sowjetunion war bis zu ihrem Ende immer wieder mit solchen Bewährungsproben (ganz unterschiedlichen Charakters) konfrontiert. Bis 1945 haben die „Bewährungskrisen“ in Zeiten des Überlebenskampfes durch Masseninitiativen und Konsens von unten und durch massive Gewaltanwendung von oben – bis hin zu den Machtexzessen der 30er Jahre – das Überleben eines Regimes (und seiner Errungenschaften) gesichert. Bis zum Schluss beriefen sich die Regierenden auf Lenin, auf die Ziele der Oktoberrevolution und auf wesentliche Errungenschaften des Systems (ökonomisch, kulturell, politisch). Gleichzeitig wurden in den Perioden des Überlebenskampfes innere Machtverhältnisse, soziale Differenzierungen, Apparate der Kontrolle der Gesellschaft, Verhaltensformen der Anpassung, Passivität und Subalternität festgeschrieben, die in späteren Entwicklungsphasen, als der innere Druck nachgelassen und die Gesellschaft insgesamt ein höheres Entwicklungsniveau der Zivilisation erreicht hatte, als Barrieren für die Bewältigung von „Bewährungsproben“ wirken mussten.

Dazu kamen die jeweiligen Rahmenbedingungen des Systems der globalen Gegenrevolution. Im Kalten Krieg dienten diese den politischen Machtapparaten immer wieder als Legitimation, um gegenüber solchen „Bewährungsproben“ misstrauisch zu sein bzw. diese im eigenen Herrschaftsbereich mit Gewalt zu unterdrücken. Bei genauerer Analyse zeigt sich allerdings, dass innerhalb der kommunistischen Bewegung – auch in der KPdSU – immer wieder Perioden entstanden, in denen – auch in der Form offener Krisen und Auseinandersetzungen – die Notwendigkeit solcher Bewährungsproben, damit auch von Veränderungen und Reformen im System, anerkannt wurde. Dass es dabei nicht gelang, z. B. Strukturschwächen der „sozialistischen Wirtschaft“ und des Planungssystems, die Verselbständigung der „Staatssicherheit“ sowie jene Formen der politischen Gewalt und Willkür zu überwinden, die die individuelle Freiheit beschränkten und im Volk Unterwürfigkeit, Apathie und Zynismus erzeugten, war doppelt bestimmt: Auf der einen Seite hielt der gegenre-

volutionäre Druck von außen bis zum Ende des Kalten Krieges und der Sowjetunion an; auf der anderen Seite wirkten die autoritären Strukturen des politischen Machtapparates sowie der politisch-ideologischen Monokultur darauf hin, das Risiko von Bewährungsproben und Reformen möglichst klein zu halten. Sofern die Bewährungsproben (z.B. in den offenen Krisenperioden späterer Jahre: 1953, 1956, 1968, 1980) mit Gewalt unterdrückt wurden, festigten sie jene negative Dialektik, bei der jene Elemente der sozialistischen Herrschaft gestärkt wurden, die letztendlich zum Scheitern führen mussten. Die „Überdehnung“ staatlicher Macht in der Innen- und vor allem der Außenpolitik wurde mehr und mehr zu einem Faktor, der a) die inneren ökonomischen Wachstums- und Innovationskräfte hemmte, b) das Konsumniveau der Bevölkerung einschränkte und c) dem Militärsektor – auch in der Wirtschaft – ein gewaltiges Übergewicht sicherte. Die „Rücknahme des Staates“ in die Gesellschaft, die Marx und Engels als notwendiges Resultat der Veränderung der Eigentumsverhältnisse und der „Diktatur des Proletariats“ (auch derjenigen Form, die Lenin in „Staat und Revolution“ im Jahre 1917 beschrieben hatte) angesehen hatten, war gescheitert!

Dennoch – das kurze 20. Jahrhundert stand – wie Eric Hobsbawm betonte – im Zeichen der russischen Oktoberrevolution. Diese behauptete sich nicht nur gegen mächtigen gegenrevolutionären Druck, sondern hatte sich nach dem Sieg über den Faschismus im Zweiten Weltkrieg als Führungsmacht eines Systems sozialistischer Staaten etabliert. Sie war Ausgangs- und Bezugspunkt nicht nur der Revolution in China seit den 20er Jahren, sondern auch der antikolonialen und antiimperialistischen Befreiungsbewegungen nach dem Zweiten Weltkrieg. Auch die Erfolge, die die sozialdemokratischen Parteien im Westen nach 1945 bei der Durchsetzung von Demokratie und Sozialstaatlichkeit errangen, waren durch die Existenz und Politik der Sowjetunion „überdeterminiert“: durch den Sieg der „Anti-Hitler-Koalition“ im Jahre 1945 und danach durch die Konkurrenz zwischen den beiden Systemen, die sich nicht nur auf die militärischen und geopolitischen Machtverhältnisse, sondern auch auf den Wettstreit um die Arbeits- und Lebensbedingungen der lohnabhängigen Bevölkerung bezog.

Literatur

- Anderson, Perry (2010), Zwei Revolution. Zur historischen Bilanz der Umwälzungen in China und der Sowjetunion, in: *Lettre International*, 89, Sommer 2010, S. 54- 65.
- Barth, Boris (2016), Europa nach dem Großen Krieg. Die Krise der Demokratie zwischen 1918 und 1938, Frankfurt/New York.
- Biao, Lin (1965), Es lebe der Sieg im Volkskrieg, Peking.
- Boffa, Guisepppe (1978), La Rivoluzione Russa, Roma (1966), Band 1 von: Bonchio, Roberto (1978), Hrsg., Storia delle Rivoluzioni del XX Secolo, Introduzione die Eric Hobsbawm (1966), 4 Bände, Roma
- Boltanski, Luc / Chiapello, Eve (2003), Der neue Geist des Kapitalismus, Konstanz.
- Braunthal, Julius (1974/1978), Geschichte der Internationale, 2 Bände, Berlin/Bonn.
- Brinton, Crane (1959), Die Revolution und ihre Gesetze (1938), Frankfurt/Main.

- Davis, Mike (2006), *Planet of Slums*, London – New York.
- Deppe, Frank (2003), *Politisches Denken zwischen den Weltkriegen*, Hamburg.
- Deutscher, Isaac (1962), *Trotzki I: Der bewaffnete Prophet 1879 bis 1921*, Stuttgart.
- Gerwarth, Robert / Horne, John (2012), Eds., *War in Peace. Paramilitary Violence in Europa after the Great War*, Oxford.
- Gramsci, Antonio (1980), *Einige Gesichtspunkt der Frage des Südens (1926)*, in: ders., *Zu Politik, Geschichte und Kultur. Ausgewählte Schriften*, Frankfurt/Main, S. 188 – 208.
- Halliday, Fred (1999), *Revolution and World Politics. The Rise and Fall of the Sixth Great Power*, London.
- Hobsbawm, Eric (1998), *Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts*, München.
- Hofmann, Werner (1967), *Stalinismus und Antikommunismus*, Frankfurt/Main.
- Lenin, W. I. (1964), *Ausgewählte Werke in drei Bänden*, Berlin.
- Lorenz, Richard (1972), *Die Sowjetunion (1917 – 1941)*, in: *Russland. Fischer Weltgeschichte Band 31*, Frankfurt/Main 1972, S. 271 – 353.
- Luxemburg, Rosa (1966); *Massenstreik, Partei und Gewerkschaften (1906)*, in: Dies., *Politische Schriften I*, hrsgg. Von O. K. Flechtheim, Frankfurt/Wien, S. 135-228.
- Luxemburg, Rosa (1968), *Die Russische Revolution*, in: Dies., *Politische Schriften, Band III*, hrsgg. von O. K. Flechtheim, Frankfurt/Wien, S. 106 – 141.
- Marx, Karl / Engels, Friedrich, *Werke (MEW)*, Berlin (DDR) 1957 ff.
- Meyer, Gert (Hrsg.), (1980), *Das politische und gesellschaftliche System der UdSSR. Ein Quellenband*, Köln.
- Moore, Barrington (1966), *Social Origins of Dictatorship and Democracy. Lord and Peasant in the Making of the Modern World*, New York.
- Pons, Silvio (2014), *The Global Revolution. A History of International Communism, 1917 – 1991*, Oxford.
- Reed, John (1957), *Zehn Tage, die die Welt erschütterten (1919/1927)*, Berlin.
- Scheibert, Peter (1972), *Das petrinsche Kaiserreich*, in: *Russland. Fischer Weltgeschichte, Band 31*, Frankfurt/Main, S. 175 – 270.
- Skocpol, Theda (1979), *States and Social Revolutions. A Comparative Analysis of France, Russia and China*, Cambridge.
- Schleifstein, Josef (2015), *Reale Geschichte als Lehrmeister*, Essen.
- Stalin, J. W. (1947), *Fragen des Leninismus*, Berlin.
- Steinhaus, Kurt (1967), *Zur Theorie des internationalen Klassenkampfes*, Frankfurt/M.
- Trotzki, Leo (1957), *Die verratene Revolution (1936)*, Zürich.
- Trotzki, Leo (1960), *Geschichte der russischen Revolution (1931)*, Frankfurt/Main.
- Zizek, Slavoj (2002), *Die Revolution steht bevor. Dreizehn Versuche über Lenin*, Frankfurt/Main.